

## **Impulsvortrag „Die Herausforderungen Europas in der globalisierten Welt“**

**Programmdebatte der Europa-Union Deutschland (28.05.2011, Würzburg)**

*André Berberich, Bundesvorstand JEF Deutschland*

### **Einleitende Bemerkungen:**

- Im Großen und Ganzen sind die momentanen und zukünftigen globalen Herausforderungen bekannt, sowohl für die Europäische Union (EU) als auch für andere Staaten. Deshalb sollen hier lediglich die drei wichtigsten Probleme skizziert werden, die für Europa eine entscheidende Rolle spielen (werden) und folgend drei Lösungsansätze vorgeschlagen werden
- Um der Rolle der JEF als „jugendlich-radikaler“ Impulsgeber des europäischen Föderalismus gerecht zu werden, sind die vorgeschlagenen Lösungsansätze sehr weitgehend und damit als Grundlage für eine kreative, kontroverse Diskussion gedacht

### **Drei Herausforderungen der globalisierten Welt für die Europäische Union:**

- Herausforderung I: Ein unübersichtlicher Multilateralismus, d.h. nach Auflösung der großen Machtblöcke und im Zuge der fortschreitenden Erodierung westlicher Gestaltungs- und Repräsentationsmacht scheint der Bedeutungszuwachs der asiatischen Schwellenländer das globale Machtgefüge zu verschieben – doch wer hat letztendlich und langfristig wirklich die dominanteste Position im globalen Machtgefüge? Wie kann mit dieser Unsicherheit umgegangen werden? Was bedeutet dies für militärische Kooperationen und die angestrebten Abrüstungsversuche der Atommächte?
- Herausforderung II: Eine immer noch nicht überwundene Wirtschafts- und Finanzkrise, die das globale ökonomische System in seinen Grundfesten erschüttert hat und möglicherweise drastisch verändern wird. Negative Folgen waren und sind für die westliche Welt potentiell bedeutender und notwendige Veränderungen einschneidender als für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Wie kann ein neues Weltwirtschafts- und –finanzsystem gestaltet werden? Sind neue globale (Kontroll-) Institutionen und –mechanismen und nötig? Wie können zukünftige Krisen verhindert werden?
- Herausforderung III: Eine radikal veränderte, sozio-ökonomische und ökologische Welt, die von einem raschen Bevölkerungswachstum und der „Verjüngung“ in den Entwicklungs- und Schwellenländern sowie einem Bevölkerungsrückgang und der

„Vergreisung“ in der westlichen Welt (und zunehmend den reichen Ländern Asiens) als auch von den daraus resultierenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen gekennzeichnet ist. Wie kann ein „globales Demografiemanagement“ gestaltet werden? Wie müssen Ressourcen intelligent distribuiert und genutzt werden, um den Lebensstandard in Entwicklungsländern zu verbessern? Welche Rolle spielt nachhaltiges Wirtschaften dabei?

### **Drei Lösungsansätze einer „neuen“ Europäischen Union:**

- Allgemein: für ein koordiniertes Auftreten nach außen sind Reformen im Innern unumgänglich, d.h. eine weitere Annäherung der EU und der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten an einen EUROPÄISCHEN BUNDESSTAAT muss angestrebt werden, wodurch die intergouvernementale Dominanz überwunden und die EU zu einem wirklich föderalistischen System werden würde → POSTNATIONALISMUS?
- Vorschlag I: Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ernstnehmen – völlige Abschaffung nationalstaatlicher Souveränitäten?
  - Ausweitung der Kompetenzen der/des Hohen Vertreters/in der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hin zu „einer einzigen Stimme Europas in der Welt“ und damit Ersetzung der 27 Außenminister bzw. Übernahme der Stimm- und Entscheidungskompetenz in internationalen Organisationen, bei Konferenzen und in internationalen Konfliktfällen
  - Zusammenführung der 27 (nationalen) diplomatischen Corps zu einem einzigen Auswärtigen Dienst der EU mit den besten Diplomaten Europas
  - Kontrolle der neuen GASP durch das Europäische Parlament (EP), d.h. Rückkoppelung aller Entscheidungen des/der Hohen Vertreters/in mit dem EP
  - Schaffung einer europäischen „Parlamentsarmee“ anstatt von 27 einzelnen Armeen und einer eher schwachen/zu langsam reagierenden EU Eingreiftruppe
- Vorschlag II: Etablierung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Bestehen im globalen Wirtschafts- und Finanzsystem
  - Nicht Verkleinerung (Griechenland), sondern Vergrößerung des Europäischen Währungsraumes, d.h. eine Währung für die gesamte EU
  - Damit einhergehend Etablierung einer einheitlichen Europäischen Wirtschaftspolitik als dringend notwendige Ergänzung zur einheitlichen Finanzpolitik bis

hin zur Einsetzung einer Europäischen Wirtschaftsregierung zur makroökonomischen Koordinierung der (nationalen) Wirtschaftspolitiken

- Weitergehende Ausarbeitung eines Modells zur nachhaltigen Lösung der bestehenden Probleme bestimmter Mitgliedsstaaten wie z.B. eine geordnete Staateninsolvenz (Haircut) in Verbindung mit dem Auflegen europäischer Staatsanleihen, für die alle Mitgliedsstaaten gemeinsam haften
- Aufbauend auf diese internen Reformen Etablierung eines globalen Koordinierungs- und Kontrollsystems zur ökonomischen Krisenbekämpfung (ex post) und zur Verhinderung zukünftiger Missbräuche des globalen Finanzsystems (ex ante), in dem die EU eine aktiv-gestalterische Rolle einnehmen muss
- Vorschlag III: Eine abgestimmte Entwicklungspolitik zur Herstellung gleicher Standards bezüglich Lebenssituationen, Menschenrechten, Klimaschutz etc
  - Auf Grund historischer (kolonialer) Abhängigkeiten und damit verbundener besonderer Beziehungen zwischen bestimmten europäischen und Entwicklungsländern erscheint eine vollständige Europäisierung der Entwicklungspolitik nicht möglich
  - Deshalb verstärkte Koordinierung von und Kooperation bei (nationalen) entwicklungspolitischen Anstrengungen, die sich zumindest auf die gleichen Grundprinzipien und Ansätze stützen müssen, um gewisse Mindeststandards zu gewährleisten und um entwicklungspolitische Ziele abzustimmen
  - Hinwirken auf ein „globales Demographiemanagement“, d.h. konsequentes Monitoring demografischer Entwicklungen sowie gemeinsame Erarbeitung und Umsetzung von Lösungsansätzen für die Demographieprobleme der Ersten (Vergreisung) und Dritten (Verjüngung) Welt im gegenseitigen Austausch
- Langfristig: Hinarbeiten auf eine WELTFÖDERATION oder zumindest ein Mindestmaß an globalen, föderalistischen Strukturen, die sich sowohl über Politik als auch über Recht universell und vor allem verbindlich manifestieren. Diese sollten auf den vorhandenen Institutionen (United Nations, World Trade Organization, International Criminal Court etc) aufbauen und vorerst die Zusammenarbeit dort vertiefen, um Schritt für Schritt diese Integration, ausgehend von der EU, voranzutreiben → eine Welt SUPRANATIONALER REGIONEN?